

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Mai 2008

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Spieglein, Spieglein an der Wand, wer senkt am stärksten die Steuern im ganzen Land?“, wird sich so mancher fragen. Nach dem die CSU „den Stein ins Rollen“ gebracht hat, tritt nun ein Wettbewerb zur Entlastung der Bürger unter den Parteien ein. Der Aufschwung ist zwar da, aber er kommt bei vielen Menschen nicht an. Ob es nun Wahltaktik der bayerischen Volkspartei CSU kurz vor der Landtagswahl ist oder nicht, wichtig ist für die breite Bevölkerungsschicht und dem Mittelstand, dass endlich über Steuersenkungen nachgedacht wird und diese schnell umgesetzt werden. Die Binnennachfrage wird es beflügeln und damit auch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Facharbeiter, Angestellte und Kleinunternehmer haben in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag geleistet, um die Wirtschaft unseres Landes wieder anzukurbeln. Die Steuereinnahmen sprudeln wie nie und liegen im Jahr 2008 insgesamt bis zu 100 Milliarden höher als 2005. Und die Steuerschätzer rechnen mit weiteren Mehreinnahmen bis zu 100 Milliarden Euro bis 2012. Die Bürger dieses Landes sind durch die enorme Preissteigerung bei Lebensmitteln und den Gütern des täglichen Bedarfs hart genug getroffen. Die mühsam durch die Gewerkschaften erkämpften Lohnerhöhungen sind zum großen Teil nicht bei den Beschäftigten angekommen, da von jedem Euro Lohnerhöhung nahezu die Hälfte beim Staat landet. Es ist jetzt an der Zeit, die Menschen in Deutschland, insbesondere die Pendler und die Familien, steuerlich zu entlasten. Die vorgeschlagene Senkung des Eingangssteuersatzes würde den Menschen mit der größten Angst vor dem Abstieg helfen: der unteren Mittelschicht. Den Grundfreibetrag für Familien zu erhöhen, wäre endlich eine gerechte Familienpolitik. Wenn aber jetzt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auf die Haushaltskonsolidierung verweist und Steuersenkung auf den „Sankt Nimmerleinstag“ verschieben will, verkennt er die Situation der Menschen in Deutschland. **Eine umfassende Steuersenkung jetzt nicht in Angriff zu nehmen, bedeutet den Blick nicht nach vorne sondern rückwärts zu richten! Die Zeit für eine Steuersenkung, bei der mehr Netto für alle herauskommt, ist überreif. Die Vorschläge der CSU zur Steuersenkung sind hierzu ein richtiger Schritt zu rechten Zeit.** Sie erhalten die volle Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.



Matthias Streb
Matthias Streb
Bundesvorsitzender

* * * *

CGB Landesverband NRW veranstaltet Abgeordnetenfrühstück!

Ein großer Erfolg war das Abgeordnetenfrühstück des CGB Landesverbandes NRW, das von dem CGB Landesvorsitzenden Ulrich Bösl und stellvertretenden Vorsitzenden Detlef Lutz organisiert wurde. In lockerer Runde fanden sich Vertreter der CGB-Gewerkschaften, des Landtages, der Landesregierung und der beiden christlichen Kirchen zu guten und konstruktiven Gesprächen zusammen.

Ulrich Bösl und Detlef Lutz stellten die Arbeit der christlichen Gewerkschaften vor. Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann hielt für die Landesregierung ein engagiertes Grußwort. Abgeordnete aller Fraktionen – mit Ausnahme der SPD – waren anwesend.

Ulrich Bösl



v.l.n.r.: ADM Kollege Springener, FDP-MdL Dr. Stefan Romberg, CDU-MdL Bernhard Tenhumberg und CDA-Landesvorsitzender und CDU-MdB Ralf Brauksiepe

Arbeitnehmerentsendegesetz:

Was verbirgt sich hinter Anträgen für die Aufnahme? Eine Bestandsaufnahme.

Am 31. März ist eine Frist abgelaufen, bis zu der Branchen gegenüber dem Bundesarbeitsminister anzeigen sollten, ob sie in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen werden wollen. Acht Branchen haben einen Antrag gestellt. Knapp 1,6 Mio. Beschäftigte sollen die Anträge erreichen.

Nach Erkenntnissen des CGB liegen nur in den Bergbauspezialarbeiten (ca. 2.500 Beschäftigte) und bei den Forstdienstleistungen (ca. 10.000 Beschäftigte) keine Probleme im Wege. In der größten Branche, der Zeitarbeit, liegt keine Notwendigkeit vor, gesetzgeberisch handeln zu müssen. Eine nahezu 100%ige Tarifbindung der Beschäftigten aller inländischen Arbeitnehmer macht dies nicht notwendig. Hier besteht außerdem eine Tarifkonkurrenz CGB und DGB. Die CGZP ist bereit diese aufzulösen und einen mit allen Tarifpartnern gleichberechtigt und gemeinsam ausgehandelten Mindestlohnvertrag für die unterste Lohngruppe herbeizuführen. Das ist aufgrund der Weigerung des DGB bislang aber nicht möglich gewesen.

Im Wach- und Sicherheitsgewerbe hat verdi die Mindestlohnverhandlungen für gescheitert erklärt. Die christliche Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) verhandelt weiter und hat mit dem Branchenarbeitgeberverband einen Antrag auf Aufnahme in das AEntG gestellt. Die GÖD und der CGB rechnen damit, dass bald ein Abschluss vorliegt, der Lohnerhöhungen von bis zu 40% bedeuten wird.

Die Pflegeberufe einer Mindestlohnbindung unterwerfen zu können, erscheint genau so unrealistisch, wie in der Weiterbildung und in der Textilreinigung. Der zwischen verdi und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) abgeschlossene Mindestlohnvertrag wird nicht einmal von der AWO bundesweit getragen. Der Landesverband Thüringen und Kreisverbände in Mecklenburg-Vorpommern haben sich dem Abschluss nicht unterworfen. Sie stehen zu ihrer Tarifpartnerschaft mit christlichen Gewerkschaften. Die Kirchen betreiben Pflegeeinrichtungen, die bekanntlich jeden Tarifvertrag scheuen, wie der Teufel das Weihwasser. Der öffentliche Dienst, das Deutsche Rote Kreuz, oder der Paritätische Wohlfahrtsverband, um weitere Tarifträgerverbände zu nennen, waren beim Zustandekommen des AWO-Mindestlohnvertrages nicht beteiligt. Dieser Antrag ist nur zur politischen Gesichtswahrung des Bundesarbeitsministers gestellt worden.

Ähnlich verhält es sich mit der Weiterbildung. Hier handelt es sich quasi um einen Haustarifvertrag der Deutschen Angestellten Akademie, einer Tochter des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zahlreiche Weiterbildungsträger sind anderweitig tarifgebunden. Die DHV ist Tarifpartner der Stiftung Bildung und Handwerk, die nach eigenen Angaben gut 7.000 Mitarbeiter in der Weiterbildung beschäftigt.

Zum Textilreinigerberuf: Vor knapp zehn Jahren hat der Arbeitgeberverband Tutex einen neuen Tarifpartner, die DHV gefunden. Der Arbeitgeberverband organisierte ursprünglich die Kleinwäschereien. Die Tarifbindung ist zugegeben gering. Der konkurrierende Arbeitgeberverband Intex ist nicht besser aufgestellt. Er organisiert die Großwäschereien, von denen noch 16 Firmen in Tarifbindung übrig geblieben sind. Intex hat zusammen mit der IG-Metall einen Mindestlohnantrag gestellt. Der CGB geht davon aus, dass in dieser Branche beide Arbeitgeberverbände zusammengenommen nicht über 50% Tarifbindung erreicht. Das hat Intex auch öffentlich zugebilligt.

Bleibt die Abfallwirtschaft. Der CGB weiß, dass die Tarifbindung in der Abfallwirtschaft sehr diffus ist. Die Gesellschafterstrukturen der Firmen sind oft nicht eindeutig und deshalb sind die Zuordnungen zu zuständigen Tarifträgerverbänden schwierig. Der CGB hat deshalb auch hier Zweifel, dass eine ausreichende Repräsentativität der Antragsteller für die gesamte Branche vorliegt.

Fazit: Das Bundesarbeitsministerium und die SPD sind mit ihrer Mindestlohnkampagne weitgehend gescheitert.

Gunter Smits

* * * *



*In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem langjährigen
Bundesvorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands*

Peter Konstroffer,

der am 24. März 2008 im Alter von 54 Jahren verstarb.

Wir haben mit ihm nicht nur ein langjähriges Mitglied, sondern auch einen Freund verloren, der sein Leben und sein Schaffen in den Dienst der Christlichen Gewerkschaftsbewegung stellte. Als Christlicher Gewerkschafter hat er in seiner mehr als 20-jährigen hauptamtlichen Tätigkeit als Geschäftsführer der CGM, als stellv. CGM Bundesvorsitzender und als Bundesvorsitzender des CGB diese wesentlich mitgestaltet und geprägt. Er hat in hohem Maß dazu beigetragen, dass die Christlichen Gewerkschaften in der breiten Öffentlichkeit Respekt und Ansehen bekamen. **Die Christlichen Gewerkschaftlichen sind ihm zu tiefstem Dank verpflichtet. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie**

Maikundgebung des CGB in Schweinfurt

Etwa 200 Teilnehmer waren der Einladung des CGB-Kreises Schweinfurt zur diesjährigen Maikundgebung gefolgt. Kreisvorsitzender Peter Lehmann konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, unter ihnen Schweinfurts Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser und Landrat Harald Leitherer.

Grüßworte sprachen der CSU-Landtagsabgeordnete Gerhard Eck, CSA-Ehrenvorsitzender Peter Keller und der Schweinfurter Kreishandwerksmeister Udo Wachter. Einer guten Tradition folgend wurden auch in diesem Jahre wieder zahlreiche Mitglieder für langjährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt. Aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Verdienste und Engagement im Betrieb erhielten Robert Jaksch und Werner Meneconi die Franz-Wieber-Medaille. Nachdem die angekündigte Hauptrednerin, die CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer sprichwörtlich im Verkehrsstau stecken geblieben war, übernahm CGM-Geschäftsführer und CGB-Landesvorsitzender Kurt Schreck gewissermaßen ihren Part und machte deutlich, dass der von vielen gepriesene wirtschaftliche Aufschwung bei weitem nicht überall angekommen ist. Viele Arbeitnehmer, aber auch viele Rentner müssen trotz der Tatsache, dass Deutschland zum wiederholten Male Exportweltmeister wurde, seit mehreren Jahren ein konstantes Wachstum erlebt und auch die Zahl der Beschäftigten erfreulicherweise gestiegen ist, trotzdem den Euro vor dem Ausgeben mehrere Male umdrehen.



CGB-Landesvorsitzender Kurt Schreck

Schreck erklärte, dass die Schere zwischen Erwerbseinkommen und den Einkünften aus Vermögen in den letzten Jahren weiter auseinander gegangen ist. So sind beispielsweise in den vergangenen 10 Jahren die privaten Gewinne und Vermögenseinkommen mehr als doppelt so stark gestiegen wie die Arbeitnehmerentgelte. Gleichzeitig ging die Lohnquote von 73 % im Jahre 1993 auf 66 % im Jahre 2006 zurück und befindet sich damit auf dem tiefsten Stand seit 1970. Kurt Schreck verwies darauf, wonach gerade die sozial Schwächeren von den merklich gestiegenen Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, Energie- und Kraftstoffen besonders stark betroffen sind.



Bild von der Jubilarehrung

tarifpolitischer Unfähigkeit. Kurt Schreck warf demgegenüber dem DGB sogar eine Blockadehaltung hinsichtlich der Absicherung Tausender Arbeitsverhältnisse vor und begründete dies mit der Ablehnung der IG-Metall für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages im Bayerischen Elektrohandwerk.

Nach dem Absingen der Bayernhymne und des Deutschlandliedes unter der musikalischen Begleitung der „Zeller Musikanten“ wurde die CGB-Maikundgebung beendet.

Kurt Schreck

CGB-Landesvorsitzender Kurt Schreck warf gleichzeitig dem DGB in Bayern einen plumpen Populismus bezüglich der Ankündigung zur Durchführung eines Volksbegehrens zum Mindestlohn vor. Unabhängig vom Sinn eines Mindestlohns fällt ein solches Volksbegehren nicht in die Zuständigkeit Bayerns, da Mindestlöhne grundsätzlich eine Bundesangelegenheit wären und sich die Gesetzgebungskompetenz nicht nur auf den Bayerischen Landtag beschränken würde.

Die Forderung nach einem staatlichen Mindestlohn nannte Schreck in höchstem Maße fadenscheinig. Wer in ca. 670 Flächen- bzw. Haustarifverträgen Einstiegsgehälter von weniger als 6,00 € vereinbart hat, sollte nicht nach staatlichen Mindestlöhnen von 7,50 € rufen, denn dies bedeutet in letzter Konsequenz den Beweis eigener

Termine * Termine * Termine

19.05.-21.05.2008	100 Jahre CGDE, in der Arbeitskammer in Kirkel an der Saar
22.-24.05.2008	ADM-Verbandstag
22.-24.05.2008	Katholikentag in Osnabrück
04.-06.07.2008	VkdL Bundesgewerkschaftstag in Essen
10./11.10.2008	14. CGB Bundeskongress in Nürnberg

Rechtliches

Praktikanten können Anspruch auf volle Bezahlung haben

In dem vom LAG zu entscheidenden Fall wurde eine Praktikantin (Klägerin) ein sechsmonatiges Praktikum eingestellt. Der Praktikantenvertrag der Beklagte enthielt unter anderem folgende Bestimmungen: „...Der Praktikantin werden allgemeine Aufgaben aus dem Bereich der V. K. GmbH übertragen. Die Vergütung für diesen Zeitraum beträgt pro vollem Monat brutto 375,00 €. Die tägliche Beschäftigungszeit entspricht der betriebsüblichen Arbeitszeit...“

Die Beklagte stellte der Klägerin die Möglichkeit in Aussicht, nach Absolvieren eines Praktikums in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Das Angebot der Beklagten zum Ende des Praktikumsverhältnisses, in einem Arbeitsverhältnis zu einem Bruttomonatsgehalt von 2.000,00 € übernommen zu werden, lehnte die Klägerin jedoch ab und machte für die Dauer ihrer Praktikantentätigkeit die angemessene Vergütung geltend. Zur Begründung trug sie vor, dass sie nicht als einfache Praktikantin, sondern als normale Arbeitskraft tätig geworden sei.

Das Arbeitsgericht Stuttgart gab der Klägerin Recht. Das LAG Baden- Württemberg folgte dieser Entscheidung. Ein Praktikantenverhältnis verlangt zwar keine systematische Berufsausbildung, so das LAG Baden-Württemberg. Der „Ausbildungszweck“ muss aber die „für den Betrieb erbrachten Leistungen und Arbeitsergebnisse“ deutlich überwiegen. Dies ist um so eher der Fall, um so breiter das Spektrum vermittelter Einblicke in Arbeitsläufe ist. Das Durchlaufen sämtlicher Abteilungen eines Betriebs ist ein entscheidender Anhaltspunkt dafür, dass der Ausbildungszweck im Vordergrund steht und daher ein echtes Praktikantenverhältnisses vorliegt.

Im Streitfall war die Klägerin während des gesamten sechsmonatigen Praktikums nur in einer Abteilung eingesetzt. Die Beklagte hat nicht dargelegt, dass hierbei eine umfassende Vermittlung praktisch notwendigen Wissens stattgefunden hat. Sie hat vielmehr die von der Klägerin bereits im Rahmen ihres Studiums erworbenen Grundlagen verwertet. Das Überwiegen des Ausbildungszwecks konnte die Beklagte nicht darlegen und beweisen.

Die Vergütung in Höhe von 375 Euro, die einem Stundenlohn von 2,46 Euro entspricht, war angesichts der Tatsache, dass kein Praktikanten-, sondern ein Arbeitsverhältnis vorlag, im Sinne des § 138 Abs. 2 BGB sittenwidrig. An die Stelle dieser Vergütungsregelung trat folglich die übliche Vergütung im Sinne von § 612 Abs.1 BGB.

**Quelle: LAG Baden-Württemberg, Urteil vom 8.02.2008, Az: 5 Sa 45/07
Anne Kiesow**

* * * *

Tarifliche Kündigungsfrist für Arbeitnehmer mit längerer Betriebszugehörigkeit

Nach § 622 Abs. 4 BGB kann durch Tarifvertrag von den gesetzlichen Regelungen der Kündigungsfristen in § 622 Abs. 2 BGB abgewichen werden. Die Tarifvertragsparteien sind nicht verpflichtet, für Arbeitnehmer mit längerer Beschäftigungsdauer verlängerte Kündigungsfristen vorzusehen. Es besteht kein Differenzierungsgebot zugunsten älterer Arbeitnehmer.

Der Kläger im heute entschiedenen Fall war seit 1975 bei der Beklagten tätig, die weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigte. Im Jahre 2005 legte die Beklagte den Betrieb still und kündigte dem Kläger am 14. November 2005 zum 31. Dezember 2005. Der einschlägige Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten des Kraftfahrzeuggewerbes in Bayern vom 5. April 2004 sieht für alle Kündigungen gegenüber Arbeitnehmern in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten eine einheitliche Kündigungsfrist von sechs Wochen zum Monatsende vor. Der Kläger, der die Beendigung als solche zuletzt nicht mehr in Abrede gestellt hat, machte geltend, die tarifliche Regelung sei unwirksam und das Arbeitsverhältnis ende erst mit Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist von sieben Monaten zum Monatsende, also am 30. Juni 2006.

Die Klage blieb wie schon in den Vorinstanzen auch vor dem Bundesarbeitsgericht erfolglos. Das Gesetz sieht zwar in § 622 Abs. 2 BGB nach Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaffelte Kündigungsfristen für Kündigungen durch den Arbeitgeber vor. So beträgt die gesetzliche Kündigungsfrist nach 20-jähriger Zugehörigkeit zum Betrieb sieben Monate zum Monatsende. Die gesetzlichen Kündigungsfristen stehen aber nach der ausdrücklichen Anordnung in § 622 Abs. 4 BGB zur Disposition der Tarifvertragsparteien. Von ihrer Befugnis zur Bestimmung abweichender Fristenregelungen haben die Tarifvertragsparteien hier einen nicht zu beanstandenden Gebrauch gemacht, indem sie für Kleinbetriebe unabhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit einheitliche Kündigungsfristen vorgesehen haben.

Quelle: BAG, Urteil vom 23. April 2008 - 2 AZR 21/07 - Pressemitteilung Nr. 34/08, Anne Kiesow

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30
Fax: 030/21 02 17-40
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info
ViSdP: Gunter Smits

Redaktion: Gunter Smits, Anne Kiesow, Anja Kracht
Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.